Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2013-01-08

Dezernat/ Amt: I / Amt für
Hauptverwaltung
Bearbeiter/in: Herr Kleinschmidt
Telefon: 545 - 1265

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01353/2012

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Hauptsatzung

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtvertretung beschließt die Neufassung der Hauptsatzung gem. Anlage 1.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Neufassung nach Maßgabe des § 5 KV MV zu erlassen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Zu der von der Stadtvertretung in ihrer Sitzung am 08. Oktober 2012 unter der DS **01145/2012** beschlossenen Hauptsatzung hat das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern gem. § 5 KV M-V fristgerecht mit Schriftsatz vom 19.12.2012 Stellung genommen.

Die Empfehlungen des Innenministeriums konzentrieren sich im Wesentlichen auf eine Überarbeitung der in § 5 Abs. 4 HS geregelten Zuständigkeiten von Hauptausschuss und Oberbürgermeisterin in Personalangelegenheiten sowie auf eine Ergänzung der in § 13 HS geregelten Bekanntmachungsregelungen aufgrund von Vorschriften des Bau-Gesetzbuches.

Nach Auffassung des Innenministeriums dürfen die Zuständigkeiten der Oberbürgermeisterin in Personalangelegenheiten dieser grundsätzlich nicht entzogen und auf den Hauptausschuss übertragen werden, jedenfalls dann nicht, wenn es sich um solche Personalangelegenheiten handelt, die haushaltsneutral sind. Demzufolge ist die Hauptsatzung an dieser Stelle in Anlehnung an die Empfehlungen des Innenministeriums nochmals zu überarbeiten.

Auch sind nach Angabe des Innenministeriums aufgrund einer aktuellen Entscheidung des OVG Lüneburg aus Gründen der Rechtssicherheit die Hauptsatzungsregelungen zur Bekanntmachung nach den Vorschriften des Bau-Gesetzbuches um eine zusätzliche Form der Bekanntmachung zu ergänzen. Als zusätzliche Form wurde das Medium Stadtanzeiger gewählt, welches den Vorgaben des § 6 Satz 2 KV-DVO MV entspricht und im Vergleich zu den anderen Alternativen der Bekanntmachung über Aushänge bzw. in einem gesonderten Amtlichen Bekanntmachungsblatt die kostengünstigste Variante darstellt.

Wegen der weiteren Einzelheiten, im Besonderen auch zur Notwendigkeit der konkreten Bezifferung der Höhe der in den §§ 7, 8 und 12 aufgeführten Aufwandsentschädigungen kann auf das den Mitgliedern der Stadtvertretung bereits unter dem 20.12.2012 übersandte Schreiben des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern verwiesen werden.

Der Anregung des Innenministeriums folgend ist der nunmehr zur Beschlussfassung vorgelegte Entwurf aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung zuvor mit dort abgestimmt worden.

Als Anlagen sind beigefügt:

Anlage 1 Entwurf der Hauptsatzung

Anlage 2 Hauptsatzung in synoptischer Darstellung zum Entwurf der DS 01145/2012

2. Notwendigkeit

Die Notwendigkeit ergibt sich aus dem Zustimmungserfordernis aus § 5 Abs. 2 Sätze 5 und 7 KV M-V

3. Alternativen

keine

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

entfällt

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

entfällt

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

Anlage 1 Entwurf der Hauptsatzung

Anlage 2 Hauptsatzung in synoptischer Darstellung zum Entwurf der DS 01145/2012

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin